



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II. 16. Kinder von Inhaftierten

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern,
Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Kinder von Inhaftierten“ zur Kenntnis. Er stellt eine wertvolle Grundlage für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung eines familienorientierten Vollzuges dar.
2. Die Verbesserung der Situation von Kindern Inhaftierter und ihren Familien kann nur durch eine enge Kooperation insbesondere zwischen den Justizministerien und den für Kinder, Jugend und Familien sowie den für Soziales zuständigen Ministerien erfolgreich gestaltet werden. Daher bitten die Justizministerinnen und Justizminister die Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales sowie die Konferenz der für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder, unter Berücksichtigung des Berichts der länderoffenen Arbeitsgruppe „Kinder von Inhaftierten“ des Strafvollzugsausschusses auch im Rahmen ihrer Ressortzuständigkeit Lösungen für eine Umsetzung der „Empfehlung CM/Rec(2018)5 des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten zu Kindern inhaftierter Eltern“ zu erarbeiten.